

## VDA weist Vorwürfe der Umweltministerin zurück

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat auf die Vorwürfe der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks reagiert. „Bundesumweltministerin Hendricks sollte die ifo-Studie studieren, bevor sie die dort aufgeführten Beschäftigtenzahlen in Zweifel zieht“, betonte der Verband am Donnerstag. „Es handelt sich eben nicht um ‚klassische Drohkulissen‘, sondern um wissenschaftlich überprüfbare Zahlen und Fakten.“

Hendricks hatte im Rahmen eines Besuches bei Volkswagen sich unter anderem ungewöhnlich scharf zur Autobranche sowie zur Beziehung zwischen Politik und Herstellern geäußert: „Es ist wohl so, dass der Staat es in der Vergangenheit zu häufig an Distanz zur Automobilindustrie hat mangeln lassen.“ Die jüngsten Vorwürfe über Kartellabsprachen von Konzernen hätten weiteres Vertrauen zerstört.

Der VDA hat die kürzlich vorgestellte ifo-Studie in Auftrag gegeben. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Zulassungsverbot für Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2030 deutliche Einbußen für Beschäftigung und Wertschöpfung am Standort Deutschland zur Folge haben würde. Mehr als 600 000 der heutigen Industriearbeitsplätze wären direkt oder indirekt betroffen. Das sind zehn Prozent der deutschen Industriebeschäftigung.

Allein in der Automobilindustrie wären 426 000 Jobs gefährdet, bei kleineren und mittleren Unternehmen stünden bis zu 130 000 Arbeitsplätze zur Disposition. (ampnet/nic)

---

## Bilder zum Artikel



Foto: